

Nationale Frage „Antideutsche“ – im Sumpf verrannt

Seit 1990 gruppieren sich die „Antideutschen“ um die Parole „Nie wieder Deutschland“. Darin kommt der **nationale Nihilismus** (von lateinisch nihil = nichts; die Nation wird als ein Nichts gesehen) zum Vorschein. Statt für die Befreiung der Nation von ihren Unterdrückern zu kämpfen, sollen am liebsten gleich die Nationen abgeschafft werden. Alle Menschen werden Brüder – ohne dafür allerdings die Voraussetzung zu benennen. Und die besteht – wie wir wissen – nun einmal darin, dass das Privateigentum überwunden ist, das im Kapitalismus Menschen als Lohnarbeiter und Kapitalist reproduziert, bürgerliche Nation gegen bürgerliche Nation stellt. Und im Imperialismus: imperialistische Nationen gegen um ihre Unabhängigkeit kämpfende Nationen, Unterdrückernationen gegen unterdrückte Nationen. Nationaler Nihilismus hält gerade junge Antifaschistinnen und Antifaschisten, die angefangen haben, sich von den Schlacken des bürgerlichen Nationalismus zu befreien, die erkennen, zu welchen Verbrechen der bürgerliche Nationalismus und Chauvinismus Menschen anstacheln kann, davon ab, um die Befreiung der eigenen Nation zu kämpfen. Somit wird das Feld der Nation den Rechten und Faschisten überlassen, die sich als die Bannerträger „nationaler Interessen“ aufspielen können.

Von der Position des nationalen Nihilismus haben sich die Kommunisten stets distanziert.

Dimitroff führt dazu in seinem Referat auf dem 7. Weltkongress aus:

„Wir Kommunisten sind unversöhnliche grundsätzliche Gegner des bürgerlichen Nationalismus in allen Spielarten. Aber wir sind nicht Anhänger des nationalen Nihilismus und dürfen niemals als solche auftreten. Die Aufgabe, die Arbeiter und alle Werktätigen im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erziehen, ist eine der grundlegenden Aufgaben jeder kommunistischen Partei. Aber derjenige der glaubt, dass ihm dies gestatte oder ihn gar veranlassen dürfe, auf alle nationalen Gefühle der breiten werktätigen Massen zu pfeifen, der ist vom wirklichen Bolschewismus weit entfernt.“

Und Dimitroff zitiert Lenins Schrift „Über den Nationalstolz der Großrussen“ (vom Dezember 1914, LW Bd. 21, S.92 f.), um eine marxistische Herangehensweise in dieser Frage zu zeigen, die keineswegs im Widerspruch zu Lenins (und unserer) grundsätzlicher Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung“ steht:

„Ist uns großrussischen klassenbewussten Proletariern das Gefühl des nationalen Stolzes fremd? Gewiss nicht! Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat, wir wirken am meisten dafür, dass ihre werktätigen Massen (d.h. neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zum bewussten Leben erhoben werden, dass sie Demokraten und Sozialisten werden. Es schmerzt uns am meisten, zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten, welcher Unterdrückung und welchen Schmähungen die Zarenscherger, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere schöne Heimat unterwerfen. Wir sind stolz darauf,

*dass diese Gewalttaten Widerstand in unserer Mitte, im Lager der Großrussen hervorgerufen haben, dass aus diesem Lager Raditschew, die Dekabristen, die Rasnotschinzen Revolutionäre der siebziger Jahre hervorgegangen sind, dass die großrussische Arbeiterklasse im Jahre 1905 eine mächtige revolutionäre Massenpartei geschaffen, dass der großrussische Bauer zur selben Zeit Demokrat zu werden und den Popen und Gutsbesitzer davonzujagen begonnen hat ... Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, denn die großrussische Nation hat **gleichfalls** eine revolutionäre Klasse hervorgebracht, hat **gleichfalls** bewiesen, dass sie imstande ist, der Menschheit große Vorbilder des Kampfes für die Freiheit und den Sozialismus zu geben und nicht nur große Pogrome, Galgenreihen und Folterkammern, große Hungersnöte und große Kriecherei vor den Popen, den Zaren, den Gutsbesitzern und Kapitalisten.*

*Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, und gerade deshalb hassen wir **ganz** besonders **unsere** sklavische Vergangenheit ... und unsere sklavische Gegenwart, in der dieselben Gutsbesitzer unterstützt von den Kapitalisten, uns in den Krieg führen, um Polen und die Ukraine zu erdrosseln, um die demokratische Bewegung in Persien und China zu ersticken und um die Bande der Romanow (das Geschlecht der Zaren – Corell), Bobrinski und Purischkewitsch (russische Adlige – Corell) zu stärken, die unsere großrussische nationale Würde schänden“.*

Und Dimitroff fährt fort: *„Genossen, der proletarische Internationalismus muss sich in jedem Land sozusagen akklimatisieren, um im heimatischen Boden tiefe Wurzeln zu schlagen. Die nationalen Formen des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder widersprechen nicht dem proletarischen Internationalismus. Im Gegenteil, gerade in diesen Formen kann man auch die internationalen Interessen des Proletariats erfolgreich verteidigen.“* (VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Frankfurt 1975, S. 151 f.)

„Antideutsch“ = Abschied vom Proletariat

Die „nationale Frage“ hat in der Geschichte der Kommunisten immer eine wichtige und polarisierende Rolle gespielt. Um so mehr sollte das von Dimitroff Ausgeführte jedem Kommunisten (auch in unserer Organisation) zu denken geben.

Bei den „Antideutschen“, deren Protagonisten sich selbst als Kommunisten bezeichnen, verbindet sich nationaler Nihilismus gegenüber Deutschland mit bürgerlichem Nationalismus für Israel und für den US-Imperialismus, nicht nur nach dem Motto: Der Feind meines Feindes, also Deutschland, ist mein Freund. Israel kann tun und lassen, was es will – sein Handeln wird durch den Holocaust gerechtfertigt. Und den USA wird durch ihren Beitrag bei der Befreiung vom Hitlerfaschis-

mus und zur Beendigung des Judenmords und aufgrund seiner aktuellen Rolle als Schutzmacht Israels eine besondere zivilisatorische, ja emanzipatorische Mission bescheinigt. Nicht mehr vom Proletariat werden die entscheidenden Impulse zur Emanzipation von Ausbeutung und Unterdrückung erwartet, sondern von den USA und von Israel. Im Zentrum des Weges der „Antideutschen“ steht daher die Abwendung vom Proletariat und der Abschied vom Klassenkampf.

Nun muss man die Arbeiterklasse nicht heroisieren. Wir wissen seit Marx, dass die kapitalistische Akkumulation nicht nur materielles Elend, sondern auch „Brutalisierung und moralische Degradation“ bei den Lohnarbeitern erzeugt. Wir wissen aber auch, dass diese Klasse als einzige die Potenz hat, durch ihre eigene Befreiung die ganze Menschheit vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Wenn ehemals linke Kleinbürger meinen, die Arbeiterklasse rechts liegen lassen zu können, dann bleibt ihnen als persönlicher Ausweg nur der Rückzug ins Privatleben oder das Exil und als politischer Ausweg das Herbeiwünschen der Befreiung durch andere Imperialisten.

Die Erfahrungen, die Deutschland mit der letzten Befreiung von außen gemacht hat, haben zunächst im Westen zum Wiederaufstehen des deutschen Imperialismus geführt und zum Wiederaufrücken von Nazis bis in die höchsten Staatsposten (mit Wissen und Duldung der imperialistischen Befreier) und nach 1989 dazu, dass (mit Wissen und Duldung der ehemaligen Befreier - inzwischen zwar schon mit Bauchschmerzen) die deutsche Monopolbourgeoisie die DDR, einmal der Ausgangspunkt für ein besseres Deutschland, übernommen und platt gemacht hat. Wenn es also nichts ist mit imperialistischer Befreiung, dann bleiben nicht mehr viele Möglichkeiten, die von kranken Hirnen schon alle gedacht sind, wie ganz Deutschland platt machen, Atombombe drauf und Ruhe ist.

1916: Rosa Luxemburg unterschätzt die nationale Frage

Doch Unrat beiseite. Die „Antideutschen“ kommen ja aus der Linken. Und dort wurde die Auseinandersetzung um die nationale Frage auch schon früher geführt und hatte dabei u.a. so bedeutende Protagonisten wie W.I. Lenin und Rosa Luxemburg. Rosa hatte unter dem Pseudonym „Junius“ 1916, mitten im großen „Krieg der weißen Männer“ eine glänzende Schrift über den Charakter des Weltkriegs und die Aufgaben der Revolutionäre verfasst (die auch heute noch zur Pflichtlektüre nicht nur von Marxisten gehören sollte; besonders interessant die Ausführungen zur Türkei) mit dem Titel „Die Krise der Sozialdemokratie“. Lenin, der die „Junius-Broschüre“ als ausgezeichnete marxistische Arbeit begrüßte, konnte jedoch nicht umhin an einigen Punkten Kritik zu üben:

„Selbstverständlich ist ein Grundsatz der marxistischen Dialektik, dass alle Grenzen in der Natur bedingt und beweglich sind, dass es **keine einzige** Erscheinung gibt, die nicht unter gewissen Bedingungen in ihr Gegenteil umschlagen könnte. Ein nationaler Krieg kann in einen imperialistischen umschlagen und **umgekehrt**. Ein Beispiel: Die Kriege der Großen Französischen Revolution begannen als nationale Kriege und waren auch



solche. Diese Kriege waren revolutionär, sie dienten der Verteidigung der großen Revolution gegen eine Koalition konterrevolutionärer Monarchien. Als aber Napoleon das französische Kaiserreich errichtete und eine ganze Reihe seit langem bestehender, großer, lebensfähiger Nationalstaaten Europas unterjochte, da wurden die nationalen französischen Kriege zu imperialistischen, die nun **ihre** nationalen Befreiungskriege gegen den Imperialismus Napoleons erzeugten.

Nur ein Sophist könnte den Unterschied zwischen einem imperialistischen und einem nationalen Krieg mit der Begründung verwischen, dass der eine in den anderen umschlagen kann. Die Dialektik hat mehr als einmal – auch in der Geschichte der griechischen Philosophie – als Brücke zur Sophistik gedient. Wir aber bleiben Dialektiker, wir bekämpfen die Sophismen nicht dadurch, dass wir die Möglichkeit jedweden Umschlags überhaupt leugnen, sondern indem wir das **Gegebene** in seinem Milieu und seiner Entwicklung konkret analysieren.

Dass der gegenwärtige imperialistische Krieg, der Krieg von 1914 bis 1916 in einen nationalen Krieg umschlägt, ist deshalb in hohem Grade unwahrscheinlich, weil die Klasse, in der sich die **Vorwärtsentwicklung verkörpert**, das Proletariat ist, das objektiv danach strebt, diesen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie umzuwandeln, ferner aber auch deshalb, weil die Kräfte beider Koalitionen sich nur unerheblich voneinander unterscheiden und das internationale Finanzkapital überall eine reaktionäre Bourgeoisie geschaffen hat. Aber man kann ein solches Umschlagen nicht für **unmöglich** erklären: **wenn** das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; **wenn** dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten **endete**; **wenn** der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten können, ohne, z.B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges, in den Sozialismus überzugehen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine **Rückentwicklung** Europas um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber **nicht** unmöglich, denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und

Auch unter großen Denkern gab es Differenzen in der nationalen Frage – auf dem Transparent fehlt leider Lenin, der Tiefgründigste!

gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, theoretisch unrichtig.“ (Lenin, Über die Junius-Broschüre, LW 22, S. 314 f.)

Mitten im Gemetzel des Weltkriegs mit seiner Barbarei und dem offensichtlichen Missbrauch aller nationalen Gefühle durch die Bourgeoisie, meinte Rosa, müsste doch dem Nationalismus für immer der Boden entzogen sein. Und da kommt der Lenin daher und durchdenkt die Bedingungen, unter denen nationale Befreiungskriege in Europa zwar unwahrscheinlich, aber möglich sind. Es sind nüchterne Argumente, die dazu beitragen, sich gegen Überschwang einerseits und Resignation andererseits zu wappnen. Lenins „schlimmster Fall“ ist letztlich eingetreten. Spätestens die Unterjochung vieler europäischer Nationalstaaten durch den Hitlerfaschismus hat in Europa wieder den nationalen Krieg auf die Tagesordnung gesetzt und wurde von der französischen Résistance, von der italienischen Resistenza, von Polen, Tschechen und Slowaken u.v.a. geführt. Das kam dabei heraus, dass das Proletariat Europas „über 20 Jahre ohnmächtig“ blieb. Einen Riesensprung rückwärts, ein Rückschlag für Europa um mehrere Jahrzehnte. Denn statt vorwärts zum Sozialismus zu gehen, mussten in Europa nicht nur die Trümmer, sondern auch mit den geistigen Verheerungen der Nazibarbarei aufgeräumt werden.

Lenin stellte 20 Jahre Machtlosigkeit des Proletariats in Europa ins Kalkül, aber ließ sich dadurch (ebenso wenig wie Rosa Luxemburg) entmutigen - und das 1916, als der Hurratriotismus der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums noch mächtig waren und Opportunismus und Verrat in der Arbeiterbewegung die Oberhand hatten. Aber sie wussten: Wir waren, wir sind, wir werden sein – trotz alledem.

Die „antideutsche“ Richtung stellt ewige Machtlosigkeit des Proletariats ins Kalkül und führt damit direkt in den Sumpf, letztlich unter die Fittiche des Imperialismus, wie es zuletzt die Berliner Kundgebung der „Antideutschen“ zusammen mit Herrn von Kläden (CDU) bereits sichtbar gemacht hat.

Die DDR kämpft um das ganze Deutschland ...

Doch es ist keineswegs so, dass man sich jetzt beruhigt zurücklehnen könnte – „Antideutsche“ abgehakt. Nicht nur Rosa Luxemburg hatte ihre Probleme mit der nationalen Frage. Durch die ganze Geschichte der DDR zieht sich die Auseinandersetzung darum. Nicht nur in der Politik, sondern auf dem Gebiet von Kunst und Literatur wurde gestritten. So bedeutende Schriftsteller wie Bert Brecht und Georg Lukacs griffen in die Debatte ein um das Brauchbare im Erbe von deutscher Kunst und Literatur.

Von der DDR gingen wichtige Initiativen zur Wiederherstellung einer deutschen Nation aus. Sie brandmarkten Adenauer im Verbund mit den imperialistischen Mächten als Spalter der Nation, die es vorzogen, lieber in einem Teil Deutschlands die ganze Macht für die Bourgeoisie wieder zu errichten, als sie in einem einigen Deutschland mit den Arbeitern und Bauern zu teilen. Die Stalin-Note von 1952 eröffnete die Möglichkeit, ein einiges Deutschland als neutralen Staat zu etablieren, wie

er 1955 in Österreich Wirklichkeit wurde. Stattdessen wurde die BRD als antikommunistisches Bollwerk hochgepöppelt, in dem die Monopolherren, die Hitler an die Macht gebracht hatten, wieder die Fabriken und Banken übernahmen. Mit dem Verbot der KPD wurde der „Kritik der herrschenden Verhältnisse“ die organisatorische Basis genommen, die SPD richtete sich mit dem Godesberger Programm vollends im „rheinischen Kapitalismus“ ein. Wenn von „deutscher Misere“ gesprochen wird, dort hatte sie im Nachkriegsdeutschland ihre Wurzeln. Die Massen orientierungslos gemacht, waren auf individuellen, bestenfalls noch gewerkschaftlichen Überlebenskampf zurückgeworfen. Jetzt kann der „antideutsche“ Schlaumeier sagen, dass jeder einzelne für seine Orientierung selbst verantwortlich ist. Nur leider ist Orientierung, und gar politische, nicht umsonst zu haben. Zumindest die Bourgeoisie weiß das und investiert Milliarden in Verlage, Radio- und Fernsehsender. Und dafür kriegt der Mensch dann eben auch bürgerliche Orientierung. Davor kann man zwar die Augen und Ohren zumachen, aber dadurch hat Mensch auch noch keine antikapitalistische, sozialistische Orientierung. Die muss er, der Mensch, sich erkämpfen und das kann er üblicherweise nicht individuell, sondern dazu muss er sich Organisationen schaffen und das kostet, wie man weiß, viel Zeit, Geld, Geduld und auch noch Schläge, wenn er sich gegen die Herrschenden orientiert.

... bis man in die sozialdemokratische Falle tappt

Doch zurück zur Entwicklung: Bewegung in die nationale Frage kam wieder, als Willy Brandt 1966 Außenminister in der „Großen Koalition“ von CSU/CDU und SPD wurde. Die BRD erlebte gerade nach Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs ihre erste ökonomische Krise. Die DDR hatte sich nach Abriegelung ihrer Grenzen 1961 stabilisiert und die internationale Isolierung aufgebrochen. Jetzt propagierte Brandt eine neue Ostpolitik. Da man die DDR nicht mehr so ohne weiteres ausgrenzen konnte, erklärte Brandt, dass man „Wandel durch Annäherung“ schaffen müsse. Im Bundestag drückte er es noch etwas deutlicher aus: „die Burg von innen sturmreif machen“. Mit Walter Ulbricht war das nicht zu machen, der noch die sozialdemokratische Falle. Die Führung der KPdSU, seit dem 20. Parteitag auf Aussöhnung mit dem Imperialismus getrimmt, tat das Ihre. Ulbricht trat zurück. Auf dem 8. Parteitag der SED von 1971 wurde Erich Honecker zum Ersten Sekretär gewählt. Dort wurden auch die Weichen für eine Revision der Haltung der DDR in der nationalen Frage gestellt.

Die DDR hatte in den Verträgen mit der BRD („Grundlagenvertrag“) den Anspruch aufgegeben, die nationale Frage in Deutschland von Links zu lösen und für ein freies, einiges und sozialistisches Deutschland einzutreten. An die Stelle zweier Staaten auf deutschem Boden unter dem Vorwand einer falsch verstandenen Politik der friedlichen Koexistenz trat schließlich die Theorie von zwei deutschen Nationen. Dieser Rückzug, der als Angebot zur Güte gemeint war, wurde denn auch gleich von den Vertretern des deutschen Imperialismus in der BRD genutzt, um sich von den Karlsruher Richtern im Bundesverfassungsgericht bestätigen zu lassen, dass der in der Präambel des Grundgesetzes festgelegte

Anspruch auf Wiedervereinigung aufrecht erhalten bleibt. Damit ging die Initiative für die Lösung der deutschen Frage auf die BRD über. Und wie wir wissen, wurde diese Frage imperialistisch gelöst durch die Vernichtung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staats auf deutschem Boden und die Einverleibung seines Territoriums in die BRD, die Verteilung seines Eigentums unter die Monopolbourgeoisie und die vielen kleinen Geier.

Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt, an der Formierung der „antideutschen“ Strömung angelangt. Und es zeigt sich, dass sie auf ihre Weise die revolutionäre Position in der nationalen Frage geräumt haben. Hatte die DDR-Führung letztlich die Spaltung der Nation akzeptiert und dafür schwer gebüßt, so zogen die „Antideutschen“ nach vollzogener Einverleibung der DDR den Schluss, dass es keine nationale Frage mehr gäbe. Dass sie sich nur in gewisser Weise „normalisiert“ hatte, dass nun wie in den meisten Nationen kein staatliches Stützpunktgebiet des Proletariats mehr existierte (so etwas existiert heute nur noch auf dem Territorium Koreas), das nahmen sie nicht mehr wahr. Dass neuerdings die Aufgabe bestand, nunmehr ohne Hinterland DDR, die Bourgeoisie anzugreifen, konnten sie nicht mehr erkennen. „Nie wieder Deutschland“ – das ist der Versuch, sich aus diesem Land herauszukatapultierten, und auf Befreiung von Außen zu hoffen.

„Antideutsche“ an der Seite des Imperialismus

Aber seit von Bush „Krieg gegen Terrorismus“ angesagt ist, präsentieren sich die „Antideutschen“ als Sachwalter der Zivilisation und spannen auch noch Israel vor ihren Karren, das gerade in Deutschland gewiss schon genügend falsche Freunde hat. Und sie finden sich kuschelig wieder mit deutschen Reaktionären, Faschisten und Rassisten und natürlich im Kampf gegen „Semiten“, arabische, natürlich. Da zittert die Zivilisation und der Barbar lacht – die brutale deutsche, gar nicht mehr so antideutsche, Spießer-Idylle lässt grüßen. Ihre Wortführer haben sich wirklich qualifiziert für Positionen im Dienst des deutschen Staats, der Wirtschaft und der

Medien. Damit wird sich aber auch ein Großteil der antibürgerlich und antikapitalistisch eingestellten Jugendlichen von ihnen abwenden.

Doch das Problem, das 1990 die „Antideutschen“ und viele Kommunisten umgetrieben hat, bleibt: dem Erstarken des deutschen Großmachtchauvinismus, der Ausländerfeindlichkeit, des Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten.

Nicht bei den „Antideutschen“ sehen wir dabei die Hauptgefahr, sondern mitten in der Arbeiter- und Friedensbewegung: Wenn sich Oscar Lafontaine mit dem ausgewiesenen Faschisten und CSU-Mann Gauweiler auf einer von der Bild-Zeitung organisierten Veranstaltung zusammenfindet in der Gemeinsamkeit gegen die USA. Oder wenn sich auf den großen Demonstrationen zum 3. April 2004 Faschisten unerkannt und ungestraft unter die Gewerkschaftskollegen mischen können mit einem Transparent: „Volksgemeinschaft statt BRD-Abzocke“. Die Hauptgefahr sehen wir darin, dass die Abwehrkräfte bei den fortschrittlichen Kräften gegen die soziale und nationale Demagogie schwinden. Und das geht in feine Verästelungen, etwa dass „wir“ uns für mehr Souveränität der BRD gegenüber dem US-Imperialismus einsetzen sollen, dass „wir“ die Bundesregierung auffordern sollen gegen die Überflugsrechte der USA bei der Kriegsvorbereitung gegen den Irak einzutreten usw. Hierin kommt eine Blindheit gegenüber den Gefahren zum Ausdruck, die von deutschem Kapital und deutscher Regierung ausgehen. Oder glaubt man immer noch, dass G. Schröder, als er eine Beteiligung am Irak-Krieg ablehnte, aus Friedensliebe gehandelt hat? Schröder hatte nur auf dem „Recht“ bestanden, selbst zu entscheiden, wann er eine „humanitäre Aktion“ unterstützt; dann nämlich wenn sie deutsch-imperialistischen Interessen entspricht. Schröder hatte die Souveränität nicht Deutschlands, sondern die des deutschen Imperialismus vertreten.

Souverän aber kann Deutschland und das deutsche Volk nur werden, wenn es das „Geschmeiß der Ausbeuter“ (s. das Brecht-Gedicht S. 3) vertreibt. Dazu braucht es Klarheit über Freund und Feind. Und es hilft vielleicht festzuhalten:

Der US-Imperialismus ist ein Feind, aber der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus.

